

Gen-Mais muss weichen

Am Max-Planck-Institut in Köln wird in diesem Jahr doch kein genveränderter Mais angebaut. Und die Gen-Pflanzen in Borken müssen untergepflügt werden, so das Bundessortenamt

VON DIRK ECKERT

Die öffentliche Kritik an genmanipuliertem Mais wirkt: Das Kölner Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung (MPIZ) verzichtet dieses Jahr ganz auf den umstrittenen Gen-Mais Mon 810. "In diesem Jahr werden wir keinen gentechnisch veränderten Mais anbauen", so MPIZ-Sprecherin Claudia Vojta zur taz.

Auch in Borken muss der schon ausgesäte Gen-Mais bis Anfang kommender Woche untergegraben werden. Der vorgeschriebene Mindestabstand von 150 Metern zum nächsten Feld sei nicht eingehalten worden, so das für die Aufsicht zuständige Bundessortenamt. Der Hersteller Monsanto hat Rechtsmittel gegen den Bescheid eingelegt. Die Grünen forderten die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass jetzt alle Versuche mit Gen-Mais in NRW gestoppt werden. "Die Risiken, die Anbau und Verzehr von genmanipulierten Lebensmitteln mit sich bringen, sind noch nicht ausreichend erforscht", so der Landesvorsitzende Arndt Klocke.

Offenbar zeigt die zunehmende öffentliche Kritik am Monsanto-Mais ihre Wirkung. Kürzlich hatte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit erklärt, es bestehe "berechtigter Grund zu der Annahme, dass der Anbau von Mon 810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt". Die Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU) unterstellte Behörde untersagte dem Hersteller Monsanto den Vertrieb von Mon 810 - es sei denn, der Anbau wird genauestens überwacht.

Auch die für das Kölner Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung zuständige Aufsichtsbehörde ist mittlerweile alarmiert: "Die Bezirksregierung Köln hat uns empfohlen, von einem Anbau abzusehen", sagt MPIZ-Mitarbeiter Wolfgang Schuchert. Eigentlich wollte das Kölner Institut auch in diesem Jahr den umstrittenen Mais wieder anpflanzen - auf einem 25-Quadratmeter-Feld, "zu Demonstrationszwecken", wie Vojta sagt. Die entsprechende Genehmigung liegt vor. "Rein rechtlich könnten wir anbauen", sagt Schubert. "Aber wir wollen keine zusätzlichen Probleme schaffen."

Das Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung ist wegen seiner Genforschung seit Jahren in der Kritik. Das Institut betreibt Grundlagenforschung und hat den ersten Freilandversuch mit gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland zu verantworten: 1990 wurden in Köln genveränderte Petunien ausgepflanzt. Die Initiative "BürgerInnen beobachten Petunien" warf dem Institut darauf vor, mit Freilandversuchen unkalkulierbare Risiken für die Umwelt einzugehen. Im Jahr 1985 wurde das Institut wegen seiner Gen-Versuche sogar Ziel eines Anschlags der linksradikalen "Roten Zora". Das Institut züchte "politische Pflanzen", so die radikale Frauengruppe. "Die weltweite Kontrolle der Agrarwirtschaft durch einige multinationale Konzerne und deren Profitsteigerung" würden die Folgen sein. Verletzt wurde bei dem Anschlag niemand.

Inzwischen ist es ruhiger geworden um das Max-Planck-Institut. So ruhig, dass die Stadt den Pachtvertrag für das Institutsgelände ohne großes Aufsehen verlängern konnte. Am späten Dienstag Abend stimmte der Rat der Stadt Köln in nichtöffentlicher Sitzung nach taz-Informationen mit großer Mehrheit dem Antrag der Verwaltung zu, den Vertrag um 39 Jahre zu verlängern. Der bisherige Vertrag wäre 2015 ausgelaufen. Selbst die Grünen waren dafür. "Die Wissenschaftspolitik lässt sich nicht über das Erbbaurecht regeln", sagte Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank zur Begründung. Hätte Köln den Vertrag nicht verlängert, würde das Max-Planck-Institut eben woanders hingehen.

taz NRW Nr. 8277 vom 18.5.2007, Seite 2, 125 TAZ-Bericht DIRK ECKERT